



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Florian Siekmann, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Konfliktprävention und Konfliktmanagement vor Ort stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Erkenntnisse der politischen und gesellschaftlichen Konfliktforschung aufzugreifen und Konfliktprävention, -management und -beratung vor Ort zu stärken. Dazu werden wie in anderen Bundesländern Gemeinden, Städte und Landkreise fachlich und finanziell unterstützt, wenn sie zur Bearbeitung und Lösung von Konflikten zwischen Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Raum und zwischen Kommune und Bürgerinnen und Bürgern ein kommunales Konfliktmanagement einrichten und/oder Beratungsangebote für ein externes kommunales Konfliktmanagement in Anspruch nehmen möchten.

Begründung:

Die politische und gesellschaftliche Konfliktforschung lehrt, wie bei rechtzeitiger konstruktiver Herangehensweise Konfliktparteien an einen Tisch gebracht werden können, um gute zukunftsweisende Lösungen zu finden. Partizipation ist Teil unserer Demokratie. Durch rechtzeitige Einbindung von betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern können konsensuale, kostengünstige städteplanerische Lösungen gefunden, Integration von benachteiligten Gruppen gefördert und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Konfliktbeteiligten in Wohnquartieren und auf öffentlichen Plätzen vermieden werden.

Sowohl Konflikte zwischen Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Raum, z. B. zwischen Feiernden und Anwohnerinnen und Anwohnern, als auch Konflikte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen, z. B. in sogenannten Problemvierteln, können so für alle Beteiligten zu nachhaltigen Lösungen gebracht werden. Allparteiliche Konfliktberatung kann präventiv, deeskalierend oder auch kurativ wirken.

Städte wie München und Augsburg unterhalten vorbildliche eigene kommunale Konfliktmanagement-Einrichtungen. Dies ist in kleineren Kommunen nicht immer realisierbar oder notwendig. Gleichwohl sollte es auch hier Anlaufpunkte und Unterstützungsangebote geben. Entsprechende Beratungs- und Vermittlungsleistungen wirken einer Radikalisierung von Akteuren entgegen und sind geeignet, das gesellschaftliche Klima in einer Kommune zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Wie professionelle Konfliktberater aus der Praxis berichten, erweisen sich die gemeinsam mit allen Konfliktbeteiligten erarbeiteten Maßnahmen und implementierten Strukturen über den aktuellen Konfliktfall hinaus auch bei zukünftig auftauchenden Problemen als tragfähig und somit nachhaltig. Demokratische Beteiligungsprozesse werden auf diese Weise gefördert. Zivile, gewaltfreie Konfliktlösung wird eingeübt. Deeskalation führt zu Reduzierung von Polizeieinsätzen.

Ein Landeszuschuss schließt die Lücke, die die Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die auf Beratung zu Integrationskonflikten zugeschnittene EU-Förderung aus dem Asyl, Migrations- und Integrationsfonds lassen. Eine Eigenleistung der Kommune soll auch bei der bayerischen Förderung Voraussetzung sein.